

Auflagen zur Sondernutzungserlaubnis zur Plakatierung zu Wahlwerbezwecken

1. Durch die Plakatierung dürfen die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs nicht gefährdet werden. Das schließt die regelmäßige Überprüfung des ordnungsgemäßen Zustands, insbesondere bei extremen Wetterlagen (z. B. bei Sturm), mit ein.

Moniert die Stadt den Zustand der Plakatierung gegenüber dem Erlaubnisnehmer, ist ihr auf Verlangen dokumentarisch eine wöchentliche Überprüfung des ordnungsgemäßen Zustands nachzuweisen.

2. Das Plakatieren von Verkehrszeichen, Verkehrseinrichtungen, Lichtsignalanlagen, öffentlichen Zäunen und Geländern ist nicht zulässig.

Die Wirkung der Verkehrszeichen und -einrichtungen darf unter keinen Umständen beeinträchtigt sein (z. B. durch Verdecken, Einhaltung von Sichtfeldern). Einmündungs- und Kreuzungsbereiche von Straßen müssen einsehbar bleiben.

Die Unterkante der Plakate darf aus Sicherheitsgründen eine Mindesthöhe von 2,50 m nicht unterschreiten. Die Plakate sind gegen Herunterrutschen zu sichern. Das Lichtraumprofil der öffentlichen Verkehrsflächen ist freizuhalten.

Auszug aus der RaST 06, Kapitel 6, Abschnitt 3.9.3 Sichtfelder

An Knotenpunkten, Rad-/Gehwegüberfahrten und Überquerungsstellen müssen für wartepflichtige Kraftfahrer, Radfahrer und Fußgänger Mindestsichtfelder zwischen 0,80 m und 2,50 m Höhe von ständigen Sichthindernissen, parkenden Kraftfahrzeugen und sichtbehinderndem Bewuchs freigehalten werden.

3. Plakatierungen an Straßenbäumen sowie deren Umrandungen sind generell unzulässig.
4. An Wahllokalen ist die Anbringung von Wahlwerbung in einem Umkreis von 50 Metern vom Eingang des Gebäudes untersagt.
Eine Liste aller Wahllokale kann im Fachdienst Ordnung und Recht der Stadt Sehnde angefragt werden.
5. Zwischen den Wahlplakaten einer Partei oder eines Einzelwahlvorschlages sind die nächste für eine Plakatierung nutzbare Straßenlaterne oder der nächste nutzbare Pfosten für den Wahlvorschlag einer anderen Partei freizuhalten.
6. Die mit festen Plakatrahmen (Alu-Rahmen) bereits ausgestatteten Masten der Straßenleuchten sind von weiteren Plakatierungen freizuhalten.
7. Nach Ende des Genehmigungszeitraumes sind die Plakate innerhalb von 3 Tagen (rückstandslos, einschließlich Befestigungsmaterial) zu entfernen.
8. Für die Absicherung ist der Erlaubnisnehmer selbst verantwortlich. Für Schäden, die durch die Aufstellung der Plakate entstehen, haftet der Erlaubnisnehmer als Verursacher.
9. Den Träger der Straßenbaulast trifft im Rahmen der Sondernutzung keinerlei Haftung wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht.
10. Der Erlaubnisnehmer hat alle Kosten zu ersetzen, die dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen.